



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SB/02/2016
Gremium: Seniorenbeirat
Tag: Dienstag, 07.06.2016
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 15:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift vom 08.03.2016
3. Vorstellung des Programms des Seniorensporttages durch den Stadtsportbund
4. Verbindliche Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen in Hagen 2016 bis 2019 nach § 7 Abs. 6 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)
Vorlage: 0423/2016
5. Bericht aus der Konferenz Alter und Pflege
 - 5.1. Schaltung von Ampelphasen
6. Sachstand Quartiersentwicklung
7. Mitteilungen
8. Bericht aus dem Sozialausschuss
9. Bericht aus der Landesseniorenvertretung
10. Bericht aus den Arbeitsgruppen
11. Bericht aus den Begegnungsstätten
12. Verschiedenes



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Frau Sauerwein die Anwesenden und stellt Frau Schlachtenrodt als neue Kollegin bei der Heimaufsicht vor.

1. Genehmigung der Tagesordnung

Frau Sauerwein bittet als TOP 5.1 „Signalisierung Ampelanlagen“ aufzunehmen. Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

2. Genehmigung der Niederschrift vom 08.03.2016

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 08.03.2016 gibt es keine Einwände, die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

3. Vorstellung des Programms des Seniorensporttages durch den Stadtsportbund

Frau Hain vom Stadtsportbund teilt mit, dass am 2.7.2016 ab 11:00 Uhr der „Tag des Sportabzeichens“ beginnt und berichtet über den im Anschluss stattfindenden Aktionstag „aktiv, bewegt, gesund in Hagen“ ab 14:00 Uhr in der Karl-Adam-Sporthalle in Vorhalle. Es gibt diverse Angebote, wie z.B. Yoga, Bosseln, Tanzen, Pezziball, Männerfitness, Gleichgewichtstraining, Qigong. Als Botschafter des Programms „Bewegt ÄLTER werden in NRW“ hat Herr Müntefering seinen Besuch angekündigt. Im Schnitt nehmen zwischen 120 – 150 Personen an diesem Aktionstag teil. Flyer mit den Angeboten können abgerufen oder auch beim SSB angefordert werden.

Frau Hain weist auf eine weitere interessante Veranstaltung, das „Rollator Walking“ hin. Diese findet am 18.6.2016 statt. Hierbei handelt es sich um eine Fortbildung für Übungsleiter, Pflegepersonal oder Interessierte, die sich mit dem Rollator vertraut machen wollen bzgl. Einstellungen von Rollatoren, Rollatoren als Sanitärmittel und Sportgerät. Walking, Tanzen und Sitzgymnastik sind mit dem Rollator als sportliche Aktivität möglich. Alle Einrichtungen und Begegnungsstätten wurden bereits kontaktiert. Bisher kamen leider keine Rückläufe.



4. Verbindliche Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen in Hagen 2016 bis 2019 nach § 7 Abs. 6 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) – Vorlage: 0423/2016

Frau Gleiß stellt die wesentlichen Aspekte der von ihr aufgestellten Pflegebedarfsplanung vor. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich Herr Breddermann, Herr Bögemann, Herr Heidenreich, Herr Höfig, Herr Lechte, Frau Rudolph und Frau Wiewiorka.

Auf Nachfrage von Herrn Breddermann erklärt Frau Gleiß, dass die Vorlage am 1.6.2016 im Behindertenbeirat beraten und dieser dort auch zugestimmt wurde. In der Konferenz Alter und Pflege wurde die Vorlage am 2.6.2016 einstimmig genehmigt.

Herr Breddermann merkt an, dass festgestellt wurde, dass die meisten Plätze in Hohenlimburg und in Hagen Nord fehlen und fragt, ob dies dazu führt, dass auch nur in diesen Bezirken gebaut wird. Er fragt nach, was es bedeutet, dass in der Bedarfsbestätigung festgelegt werden kann, in welchem Stadtbezirk Bedarf besteht.

Frau Gleiß erklärt, dass der Rat der Stadt Hagen auf Grundlage der Bedarfsplanung festlegen kann, dass eine Bedarfsbestätigung für das gesamte Stadtgebiet oder lediglich für bestimmte Stadtbezirke notwendig ist.

Auf Nachfrage erläutert Frau Beck, dass die Verwaltung im Anschluss an den Ratsbeschluss innerhalb eines Monats eine Bedarfsausschreibung veröffentlichen muss.

Frau Gleiß kann zu der Frage, wie Wohngruppen gefördert werden sollen, derzeit auch noch keine näheren Auskünfte geben, da dies noch nicht Gegenstand ihrer Ausarbeitung war. Ein Projekt mit einer Wohnungsgesellschaft besteht derzeit in Hohenlimburg. Dieses Projekt könnte als Anregung und Anschauung auch für andere Wohnungsgesellschaften gelten.

Herr Bögemann ist der Ansicht, dass es nicht einer Bedarfsplanung bis 2019 sondern einer Planung bis 2030 bedarf.

Frau Gleiß stellt klar, dass das Gesetz nur eine dreijährige Planung vorschreibt.

Herr Bögemann sieht nicht nur den Bedarf für Pflegeeinrichtungen, sondern vor allem auch das Erfordernis soziale Kontakte zu fördern.

Dazu führt Frau Gleiß aus, dass der Fokus zunächst auf die stationären Einrichtungen gelegt wurde und nicht das gesamte Spektrum abgedeckt werden konnte. In einem nächsten Schritt soll die Pflegebedarfsplanung auch auf Begegnungsstätten und Tageseinrichtungen ausgeweitet werden. Gerade in den Begegnungsstätten finden soziale Kontakte statt, soweit die Menschen noch in der Lage sind ihr Haus zu verlassen.

Herr Lechte merkt an, dass es seiner Meinung nach primär darum gegangen ist bei der Stadt das Recht aus dem § 11 Alten- und Pflegegesetz zu sichern und mit den ermittelten Zahlen eine Planungsgrundlage zu erhalten. Es muss zukünftig auch ein verschärftes Augenmerk darauf gerichtet werden, wie wir in Hagen im Alter leben wollen. In dieser Beschlussvorlage sollte dieses aber nicht das Kernthema sein.



Frau Sauerwein erklärt, dass das Thema Quartiersentwicklung auch im Seniorenbeirat verfolgt wird. Die Förderung von Nachbarschaft und aufsuchender Sozialarbeit wird zukünftig ein eigenes Thema sein.

Sie weist noch einmal darauf hin, dass es darum geht in der Planung Trends und Richtungen vorzugeben, was gebraucht wird und notwendig ist.

Frau Wiewiorka unterstützt die Idee, die Menschen nach ihren Wünschen zu befragen, da oft etwas initiiert wird, was sie ggf. gar nicht möchten. Es sollte auf eine Mischung von Generationen geachtet werden, da den Hilfen von älteren Menschen untereinander auch Grenzen gesetzt sind und sich die Generationen nicht noch weiter von einander entfernen sollen. Frau Wiewiorka würdigt die neue Zahlen und die viele Arbeit und bedankt sich bei Frau Gleiß für den Bericht.

Beschluss:

1. Der Pflegebedarfsplan für Hagen 2016 bis 2019 wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem im Pflegebedarfsplan festgestellten Bedarf für stationäre Pflegeangebote für die Jahre 2016 bis 2019 wird zugestimmt.
3. Die Stadt Hagen macht von ihrem Recht gem. § 11 Abs. 7 Alten- und Pflegegesetz NRW Gebrauch. Eine Förderung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 14 APG NRW, die im Zuständigkeitsbereich der Stadt Hagen liegen und zusätzliche Plätze schaffen sollen, wird von einer Bedarfsbestätigung der Stadt abhängig gemacht. Diese wird nur erteilt, wenn ein Bedarf für die Einrichtung auf der Grundlage der örtlichen verbindlichen Bedarfsplanung nach § 7 Abs. 6 APG NRW bestätigt werden kann. In der Bedarfsbestätigung kann festgelegt werden, in welchem Stadtbezirk der Bedarf besteht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Bericht aus der Konferenz Alter und Pflege

Herr Wirth berichtet von der Konferenz, auf welcher u.a. das neue Pflegeheim von Wohlbehagen in Hohenlimburg vorgestellt wurde. Geplant ist eine Verzahnung mit den ambulanten Diensten. Des Weiteren wird eine Zusammenarbeit mit Ärzten, dem Krankenhaus Elsey sowie ehrenamtlichen Vereinen und Verbänden angestrebt. Das Haus soll über 80 Plätze mit 4 Wohngruppen verfügen. Es sollen ein Café, ein Innenhof und Seniorenwohnungen für 1- 2 Personen mit 39 bis 63 Quadratmetern entstehen. Bewohner der Wohnungen werden betreut, benötigen aber keine Pflege.



Zum Thema Quartiersentwicklung berichtet Herr Wirth von einem Projekt „Quartiersentwicklung in Altenhagen“ der Fachhochschule Dortmund. Im Rahmen einer Studie wurden Bewohner zu ihrem Leben im Quartier befragt. Die Ergebnisse der Studenten betrafen zum Beispiel Grünphasen bei Ampeln und nicht abgesenkte Bürgersteige. Weiterhin stellten die Studenten fest, dass viele Menschen in Einsamkeit leben und es hier an der aufsuchenden Hilfe fehlt.

In der Arbeitsgruppe Wohnen wurde festgestellt, dass verschiedene Organisationen Servicewohnen und Seniorenwohnungen vorhalten. Der Bedarf in Hagen-Mitte ist allerdings größer als das Angebot. Ältere Menschen benötigen in erster Linie barrierefreien Wohnraum und darüber hinaus niederschwellige Unterstützungsangebote.

Frau Sauerwein berichtet von der Müllsammelaktion in Altenhagen am 23.5.2016. Es haben viele Menschen in Altenhagen gemeinsam den Stadtteil gesäubert. Auch wenn diese Aktion keine langfristigen Ergebnisse erzielt hat, war die Rückmeldung zu dieser Initiative sehr positiv.

5.1. Schaltung von Ampelphasen

Frau Sauerwein berichtet über einen von Herrn Homm ausgearbeiteten Antrag zur Verlängerung der Grünphasen von Ampelanlagen. Der Rat der Stadt Hagen soll sich darum bemühen, dass die Grünphasen an Ampelübergängen verlängert werden. Besonders an neuralgischen Punkten, die oft von Bürgern benannt werden, sollte eine Überprüfung stattfinden.

Weiterhin sollte geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, mit einem Blinklicht oder auch mit herunterzählender Sekundenanzeige den Wechsel von Grün- auf Rotphase anzukündigen.

Herr Bögemann führt aus, dass dem Kraftverkehr in Hagen der Vorrang eingeräumt wird. Die Grünphasen seien für ältere Menschen zur Überquerung der Straße nicht ausreichend lang geschaltet. Besondere Probleme bestünden am Emilienplatz und an der Rembergstraße Einmündung Haldener Straße.

Herr Lechte sieht ein Problem darin, dass am Emilienplatz zwei Bundesstraßen betroffen sind, die nicht in die Zuständigkeit der Stadt Hagen fallen. Mit einer Anfrage sollte geklärt werden, welche Regulatoren für diese Bundesstraßen gelten. Er weist noch einmal darauf hin, dass als praktisches Beispiel die Überwege benannt werden sollen, an denen die Grünphasen selbst für Fußgänger ohne Einschränkungen zu kurz sind, um die andere Straßenseite zu erreichen.

Frau Rudolf schildert die gefährliche Situation an der Schwenke.

Frau Sauerwein stellt fest, dass für diesen Empfehlungsbeschluss Bedarf besteht.



Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen wird gebeten zu überprüfen, ob die Grünphasen für Fußgänger an neuralgischen Punkten verlängert werden können.
2. Der Rat der Stadt Hagen wird gebeten zu überprüfen, ob bei Neuaufstellungen oder Reparaturen von Ampelanlagen eine Warnphase oder ein Vorwarn-Blinken mit installiert (analog Düsseldorf) werden kann.

Begründung:

- Zu 1. Für viele Fußgänger mit und ohne Behinderung ist es fast unmöglich, breite Straßen während der Grünphase zu überqueren. Auch für kleinere Kinder wäre eine längere Grünphase begrüßenswert. Um ein immer wieder zu beobachtendes Gefahrenpotenzial zu verkleinern, wäre eine Verlängerung der Grünphasen zu begrüßen.
- Zu 2. Für viele Fußgänger mit und ohne Behinderung wäre es eine große Hilfe, wenn eine Warnphase oder ein Vorwarn-Blinklicht installiert würde. Die Fußgänger könnten dann selbst entscheiden, ob sie die Straße noch betreten oder nicht. Das Warnsignal würde vielen Menschen, die sich im immer dichter werdenden Straßenverkehr unsicher fühlen, sehr helfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Sachstand Quartiersentwicklung

Frau Sauerwein berichtet, dass in der Arbeitsgruppe Quartiersentwicklung des Seniorenbeirats beschlossen wurde, das Quartier Bahnhofsviertel zu untersuchen. Geplant ist ein Erfahrungsaustausch mit anderen Gruppen, welche sich auch mit Quartiersentwicklung beschäftigen.

Frau Sauerwein informiert darüber, dass es demnächst drei Quartiersmanager in Hagen geben wird, die sich allerdings schwerpunktmäßig mit der Zuwanderung beschäftigen werden. Geplant ist, sich die Quartiersentwicklung in Gelsenkirchen anzusehen. Dort gibt es fünf Quartiersentwickler auf Stadtebene.

7. Mitteilungen

Herr Klein berichtet über den erfolgten Spatenstich für das Hagener Hospiz. Das bestehende Wohnhaus wird modernisiert. Es entstehen Zimmer mit kleinen Terrassen und einem großen Gartengrundstück. Es besteht die Möglichkeit, jemanden vom Hospizverein einzuladen oder sich an einem zukünftig stattfinden „Tag der offenen



Tür“ zu informieren.

Herr Goldbach weist auf die Workshops hin, welche zur Gestaltung des Wilhelmplatzes in Wehringhausen durchgeführt wurden bzw. werden sollen.

Anmerkung der Schriftführerin: Eine Vorstellung der Ergebnisse der Planer soll am 22.8.2016 um 19:00 Uhr stattfinden. Der Ort ist derzeit noch nicht bekannt. Die Dokumentation der Workshops kann unter www.soziale-stadt-wehringhausen.de eingesehen werden. Die Schriftführung des Seniorenbeirats wurde mit in den Verteiler aufgenommen und wird entsprechende Einladungen an die Mitglieder des Seniorenbeirates weiterleiten

8. Bericht aus dem Sozialausschuss

Frau Sauerwein berichtet aus dem Sozialausschuss. Hier wurde der Abschlussbericht der Koordinierungsstelle Sucht des LWL vorgestellt, wo es um das Thema „Zusammenführung der ambulanten Suchtberatungsangebote unter einem Dach“ ging. Aufgrund der Empfehlung des LWL hat der Sozialausschuss der Einrichtung einer gemeinsamen Lenkungsgruppe zugestimmt.

Ein weiteres Thema im SOA waren freiheitentziehende Maßnahmen in Einrichtungen. Der Bericht der Verwaltung stellt fest, dass die Anzahl von Fixierungen und ähnlichen Maßnahmen zurückgegangen ist.

9. Bericht aus der Landesseniorenvertretung

Herr Klein berichtet von der Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung im April 2016 in Gelsenkirchen. Unter anderem wurden das 30-jährige Bestehen der Landesseniorenvertretung und das 40-jährige Bestehen des Seniorenbeirats in Gelsenkirchen gewürdigt.

Herr Klein informiert, dass die bisherige Vorsitzende wiedergewählt wurde.

Weiterhin fasst Herr Klein einige der dort behandelten 17 Anträge kurz zusammen. Zentrales Thema war die Forderung an die Landesregierung die Bildung von Seniorenvertretungen in der Gemeindeordnung festzuschreiben. Weitere Themen waren die Lesbarkeit von Überweisungsvordrucken und Zahlscheinen, Wiederherstellung der Parität bei Krankenkassenbeiträgen und die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Banken.

10. Bericht aus den Arbeitsgruppen

Herr Breddermann gibt einen Zwischenbericht zum Ergebnis der Fragebogenaktion bzgl. der ÖPNV-Anbindung. In der letzten Sitzung des Seniorenbeirates wurde bereits darüber informiert. Herr Breddermann berichtet, dass 235 Fragebögen inzwischen zurückgekommen sind und fasst einige Ergebnisse zusammen. Zur Abfrage



Positives bzw. Negatives zum ÖPNV erfolgten z.B. folgende Antworten: unfreundliche Fahrer, zu schnelles Abfahren, Unpünktlichkeit, Unverständnis für ältere und/oder behinderte Menschen, Erfordernis besserer Abstimmung im Abendverkehr. Herr Breddermann stellt für die nächste Sitzung den Ergebnisbericht in Aussicht

Frau Rudolf berichtet vom Kundenforum der Hagener Straßenbahn. Dort wurden bereits viele der genannten Punkte angesprochen. Die Busfahrer sollen laut Information der Straßenbahn seniorengerecht geschult werden.

Herr Lechte regt noch an, das Ordnungsamt einzubeziehen, damit in den Bereichen von Bushaltestellen stärker kontrolliert und Falschparken unterbunden wird.

Herr Höfig teilt mit, dass es bzgl. der geplanten digitalen Fahrplananzeige im Hauptbahnhof von den Stadtwerken nur die Rückmeldung gibt, dass weitere Informationen von dort folgen, wenn ein qualifizierter Zwischenstand erreicht ist.

11. Bericht aus den Begegnungsstätten

Frau Wiewiorka teilt mit, dass die Bezuschussung der Begegnungsstätten weiter erfolgen wird und der Bestand zunächst gesichert ist.

Im Weiteren weist sie auf den Aktionstag „Ehrenamt ist bunt – Freiwillig engagiert in Hagen“ am 17.9.2016 auf dem Friedrich-Ebert-Platz hin. Organisiert wird er von der Freiwilligen Zentrale. Die Begegnungsstätten werden sich dort gemeinsam an einem Stand präsentieren.

12. Verschiedenes

Herr Lechte fragt nach, ob es in Hagen auch Pflegeeinrichtungen gibt, die besonders spezialisiert sind auf die Pflege älterer psychisch oder geistig behinderter Menschen.

Frau Beck berichtet, dass der Caritasverband sich schon einmal darüber Gedanken gemacht hat. Der Caritasverband hat sowohl Eingliederungshilfshäuser als auch Pflegeeinrichtungen und hätte damit die Möglichkeit beides zusammenzuführen. Es liegen aber derzeit noch keine weiteren Pläne hier vor.

Frau Sauerwein informiert darüber, dass dieses schon einmal in Form der Arbeitsgruppe „Alter und Behinderung“ behandelt wurde. Dort wurde darauf hingewiesen, dass tagesstrukturierende Maßnahmen in den Wohnheimen auch für nicht dort wohnende Menschen zur Verfügung stehen. Das Thema sollte aber im Auge behalten werden, da die Anzahl dieser Fälle zunimmt bzw. zunehmen wird.

Frau Vysin ergänzt, dass bei den Begehungen in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe auch nachgefragt wird. Dort sind auch immer Bewohner, die das Rentenalter erreicht haben. Die Häuser der Eingliederungshilfe sind da sehr flexibel und bieten für diesen Personenkreis tagesstrukturierende Maßnahmen an. Ziel ist es, die Bewohner möglichst lange in diesen Wohnheimen zu behalten, da dies inzwischen



auch ihr zu Hause geworden ist. Die Pflege wird in diesen Einrichtungen an Bedeutung zunehmen. Die Träger sind sich dessen bewusst. Zahlen liegen allerdings keine vor.

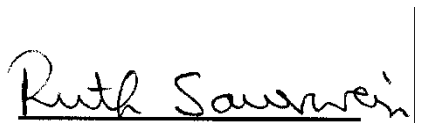
Herr Bögemann fragt nach dem Sachstand zum Seniorenbüro.
Frau Sauerwein teilt mit, dass sich bisher noch keine Finanzierungsmöglichkeit ergeben hat.

Ende des öffentlichen Teiles: 17:02 Uhr



C. ANWESENDE

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
Herr Wilhelm Bögemann - SPD	
Herr Heinz Breddermann - CDU	
Frau Kirstin Ebeling - AWO	
Herr Manfred Heidenreich - AWO	
Frau Roswitha Hentschel - DieLinke.	
Herr Jürgen Höfig - Der Paritätische	
Frau Anita Kandolf - AWO	
Herr Hans-Jürgen Klein - D R K	
Herr Andreas Lechte - Piraten Hagen	
Frau Gabriele Rudolph -D R K	
Frau Ruth Sauerwein - B90/GRÜNE	
Frau Marianne Schulte - Caritas	
Frau Rosemarie Swenshon - Diakonie	
Frau Helmi Verbeek - Caritas	
Frau Beate Wiewiorka - Diakonisches Werk	



Sauerwein, Ruth
Vorsitzende



Vysin, Christine
Schriftführer/in